

Sonderblatt

zum Kreisblatt des Landkreises Stolp

Nr. 35

Stolp, Freitag, den 7. August

1931

Rundgebung der Preussischen Staatsregierung

Nr. 1. Stolp, den 7. August 1931.

An Preußens Wähler und
Wählerinnen!

Rechtsparteien, Stahlhelm und Kommunisten — unverföhnliche Todfeinde in unnatürlicher Paarung vereint — rufen zum Volksentscheid für Auflösung des Preussischen Landtags auf. Parteien, deren fanatische Anhänger sich täglich in Ueberfällen und blutigen Kämpfen gegenübersehen, finden sich urplötzlich zusammen. Mit derselben Waffe des „Ja“-Rettels zum Volksentscheid wollen beide Teile das denkbar Entgegengesetzte erreichen: Die Einen ein bolschewistisches, russisches Methoden nachgeahmtes Sowjetpreußen, die Anderen das alte volksfeindliche Preußen des Dreiklassen-Wahl-Unrechts oder eines faschistischen Gewaltregiments.

Und doch: Eines ist in der Tat den Rechts- und Linksradikalen, die hier zum Sturm auf den Preussischen Landtag einziehen, gemeinsam, klaffen auch ihre weiteren Ziele unvereinbar auseinander: Nationalsozialisten und Kommunisten wollen das Chaos, wollen den Sturz des Bestehenden. Jeder denkt aber, an die Stelle des Gestürzten seine Herrschaft setzen und die Anderen — eben noch willkommene Bundesgenossen beim Volksentscheid — unter seine Füße treten zu können.

Der Preussische Landtag würde der Verfassung gemäß ohnehin spätestens im Mai 1932 neu gewählt werden. Selbst beim Gelingen des Volksentscheids würde frühestens Anfang Dezember gewählt werden können. Wegen der kurzen unterschiedlichen Frist von vier Monaten werden nunmehr schon seit dem Februar des Jahres die politischen Leidenschaften aufs Schärffste aufgestachelt. Ein für das Volkwohl ungemein schädliches Beginnen in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not, in der alles darauf ankommt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit als unentbehrliche Vorbedingung für jede Möglichkeit eines Wiederaufstiegs Deutschlands zu schützen.

Geht es wirklich nur darum, zu erreichen, daß der Preussische Landtag um einige Monate früher gewählt werden soll? Nein! Vereint wollen die Links- und Rechtsradikalen, wollen Nationalsozialisten und Kommunisten das letzte große Bollwerk, die Zitadelle der Demokratie und Republik in Deutschland: Preußen erkirmen. Mit dem Gelingen des Volksentscheids wollen sie weithin sichtbar das Flammenzeichen geben, daß das Ende der Demokratie, des Volksstaates, in Deutschland gekommen sei. Der Weg soll nunmehr frei sein zur Verwirklichung der Pläne auf Vernichtung all der Volksrechte, die nach dem Zusammenbruch von 1918 dem gesamten deutschen Volk erst die Kraft und den Mut gegeben haben, aus den Trümmern des alten Deutschen Reiches ein neues zu errichten und die Deutschen so vor der sonst sicheren Vernichtung als Staatsvolk zu bewahren.

Die Betreiber des Volksentscheids sind gewissenlos genug, der Preussischen Staatsregierung die Schuld an dem schweren wirtschaftlichen Unheil aufzuladen, das jetzt über das deutsche Volk hereingebrochen ist. In Wirklichkeit sind es die Folgen des verlorenen Krieges und der uns auferlegten Kriegslasten, die Folgen der Ruhrbesetzung und der Inflation und volkswirtschaftlich verfehlter Maßnahmen, nicht zuletzt aber auch das unverantwortliche Gebaren unserer radikalen Parteien, ihre Bürgerkriegsspielerei und großsprecherische Revanchepolitik, die sich nunmehr zu unser aller Unglück auswirken. Nichts wäre unheilvoller, als den Urhebern des Volksentscheids oder ihren kommunistischen Bundesgenossen auch noch das Staatsruder in Preußen in die Hand zu geben.

Gelingen des Volksentscheids bedeutet: Sieg zweier für den Augenblick vereinter gegnerischer radikaler Flügel, die dann in einem erbitterten Kampf miteinander um die Endherrschaft eintreten und Staat und Wirtschaft in diesen Vernichtungskampf mit hereinreißen würden.

Ein Scheitern des Volksentscheids ermöglicht eine Weiterführung der ruhigen und stetigen Regierungspolitik in Preußen zur Auf-

rechterhaltung der Ordnung und als wertvollste Stütze des Reiches bei allen Verhandlungen mit dem Ausland, die der Festigung des Vertrauens zu Deutschland und dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft dienen.

Wer aus blindem Haß gegen die Errungenschaften der Demokratie den Sturz der Regierung der Weimarer Koalition in Preußen will,

wer an die Stelle von Ordnung und Sicherheit die gegenseitige Zerfleischung der dann um die Herrschaft kämpfenden radikalen Parteien, also den Bruderkrieg im eigenen Land setzen will,

wer die mühsam wieder angeknüpften, von der deutschen Wirtschaft zur europäischen Umwelt führenden Fäden wieder zerreißen will,

wer ein Sowjet-Preußen oder ein faschistisches Preußen will, der gehe zum Volksentscheid und stimme mit „ja“.

Wer dagegen für den sozialen und demokratischen Ausbau der deutschen Republik und des Freistaates Preußen ist,

wer der Preussischen Staatsregierung mithelfen will, uns aus dem furchtbaren Elend der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in hartem und zähem Kampf wieder aufwärts zur Gesundung zu führen,

wer Vernunft, Besonnenheit und tiefe, glühende Liebe zu Volk und Vaterland gerade in schwerster Zeit beweisen will,

der folge der Parole:

Halte! Euch fern vom Volksentscheid!

Beteiligt Euch nicht am Volksentscheid!

Das Preussische Staatsministerium:

Dr. h. c. Braun, Ministerpräsident.

Dr. Ing. e. h. Severing,
Minister des Innern.

Dr. h. c. Steiger,
Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Dr. Schreiber,
Minister für Handel und Gewerbe.

Dr. h. c. Girtjeser,
Minister für Volkswohlfahrt.

Dr. Höpker-Abschhoff, Finanzminister.

Dr. Schmidt, Justizminister.

Grimme,
Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.